

Zeitschrift: Wohnen
Band: 16 (1941)
Heft: 2

Artikel: Aus Garten- und Wiesland soll Ackerland werden
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gene Umstellung nicht leicht vor sich gehen wird. Und mancherlei Fragen werden sich dabei erst stellen, deren Lösung noch keineswegs gegeben ist. Die Umstellung auf Ackerland erfordert eine nicht geringe Verminderung des Viehbestandes. Diese wiederum wird gefolgt sein von einem Minderertrag an Milch, aber auch an Butter und Käse. In der Milch lag bisher noch eine wichtige zusätzliche Fettquelle für unser Volk. Sollte der Milchverbrauch rationiert werden müssen, so wird damit automatisch auch die Fettversorgung spärlicher, nachdem sie ohnehin schon dank mangelnder Zufuhr auf eine sehr geringe Quote hat herabgesetzt werden müssen. Die Verringerung der Käseproduktion aber beraubt uns eines Kompensationsmittels für die Einfuhr, das zu unsern wenigen letzten Reserven gehört. Auch da also muß unter Umständen mit einer Rationierung der Käseabgabe für die Bevölkerung gerechnet werden. Für die Mehranbaufläche, sei sie nun vorgesehen für Kartoffeln oder Getreide, müssen gewaltige Mengen an

Saatgut bereitgestellt werden. Die Lohnfrage für landwirtschaftliche Hilfskräfte, die eventuell sogar auf behördliche Anordnung hin aus den Städten heraus in der Landwirtschaft eingesetzt werden müssen, ist noch nicht einmal angeschnitten. Bei gutem Getreidepreis und erhöhten Fleischpreisen, welche letztere bei der Verringerung des Viehbestandes gefordert werden dürften, wird die Verhütung einer ungerechtfertigten Preissteigerung ein wichtiges Problem darstellen. Kurz, es wird der intensiven Anstrengung aller Kräfte und allen guten Willens bedürfen, wenn die ganze Aktion gelingen soll.

Sie muß aber gelingen, soll nicht unser Land im gegebenen Moment vor recht ungemütlichen Tatsachen stehen. Sie wird gelingen, wenn alle Bevölkerungsteile, und zwar sowohl zu Stadt wie auf dem Land, sich darüber klar werden, daß nur eine bessere Selbstversorgung der Schweiz auch den geeigneten und notwendigen Rückhalt bieten wird für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit, für unsere Landesverteidigung.

Aus Garten- und Wiesland soll Ackerland werden

Die gegenwärtige Versorgungslage der Schweiz führt, wie an anderer Stelle dieses Blattes gezeigt wird, notwendigerweise zu einer Ausdehnung der uns zur Verfügung stehenden Anbauflächen. Den größten Beitrag für diese Umstellung wird ohne Zweifel die Landwirtschaft leisten müssen. Aber es wäre verfehlt, wenn die eine Erwerbsklasse sich mit der Leistung der andern trösten würde. Die Bemühungen um eine bessere Versorgung unseres Landes mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln werden nur zum Erfolg führen, wenn alle Kreise sich daran beteiligen.

Dazu gehört, daß auch in den Städten und industriellen Ortschaften alles verfügbare und heute brachliegende Land für diese Selbstversorgung herbeigezogen wird. So sehr wir an unsern schönen Ziergärten, an unsern Rasenflächen in der Stadt, in Anlagen und Wohnkolonien uns bisher gefreut haben, so gründlich muß heute die Umstellung erfolgen, soll sie wirksam werden.

Bereits haben einige Städte und Kantone nach dieser Richtung Maßnahmen getroffen. Andere werden folgen. Das Ziel wird sein, auf der ganzen Linie die Bemühungen um die Vermehrung der Anbauflächen zu unterstützen. Jeder wird das Seine dazu beitragen müssen, daß das Ziel erreicht wird.

An unsere Genossenschaften geht darum der Appell, daß sie auch ihrerseits sich willig in den Dienst der guten und notwendigen Sache stellen. Sie können das, indem sie sich in jedem einzelnen Fall überlegen, ob nicht da oder dort ein Flecken Land für Bepflanzung mit Gemüse oder Kartoffeln hergerichtet werden kann. Dabei müssen Liebhabereien durchaus in den Hinter-

grund treten. Unsere Genossenschaften waren bisher stolz auf ihre schönen und dem Auge wohlgefälligen Kolonien, die freundlichen Gärtchen und die wohltuenden Rasenflächen und Spielwiesen. Heute soll ihr Stolz darin bestehen, an die Versorgung des Landes einen tüchtigen Beitrag zu leisten, indem sie die der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Landparzellen umgraben oder umpflügen lassen und sie mit Gemüse oder Kartoffeln bestellen, indem sie denjenigen Mietern, die noch solch ein Stück Land zur Verfügung haben, ein Gleiches anraten, indem sie nicht zurückscheuen davor, auch liebgeordnete und lange gehegte Zierplätze zum Opfer zu bringen.

Einzelne Städte sind bereits dazu übergegangen, Beratungsstellen für die Anpflanzung einzurichten. Dieses Vorgehen wird sicher von andern nachgeahmt werden. Unsere Genossenschaften können einen Schritt weiter gehen, indem sie Kurse und Demonstrationen veranstalten. Säen, Setzen und eine Pflanzung pflegen ist nicht jedermanns Sache, das will gelernt sein, und dazu bedarf es der Anleitung. In großen Städten, wie in Zürich, sind die Kleingärtner bereits zu großen Verbänden zusammengeschlossen, so im letztgenannten Fall im Verein für Familiengärten, die auf reiche Erfahrung sich stützen können und sich für allgemeine Beratung zur Verfügung stellen werden. In kleineren Ortschaften ist sicherlich ein Gärtnermeister, ein Landwirt oder Landwirtschaftslehrer zu gewinnen, der die gleiche Anleitung besorgt.

Auf alle Fälle aber sollten sich unsere Baugenossenschaften zur Pflicht machen, ihr möglichstes zu tun, damit die geplante und dringend notwendige Aktion

für den Mehranbau von lebenswichtigen Nahrungsmitteln auch in den städtischen Gemeinden zu einem vollen Erfolg führt. Möge jeder einzelne verantwortliche

Funktionär, möge jeder Mieter bedenken: es handelt sich nicht nur um unsere Ernährung, es handelt sich um unsere Unabhängigkeit!



Das Pflanzen von eigenem Gemüse bereitet nicht nur mehr Arbeit, sondern auch mehr Freude

Zeichnung:
Anita Riemer

Die Anbauaktion

Der *bernische Regierungsrat* hat an den Bundesrat ein Schreiben gerichtet, in welchem er im Hinblick auf den für das begonnene Jahr verfügbaren Mehranbau und im Anschluß an eine Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien des Kantons Bern eine Anzahl Anregungen macht, die geprüft werden sollten, «um die als notwendig erachtete Vermehrung der Lebensmittelproduktion aus eigener Scholle zu erreichen und den von Arbeitslosigkeit betroffenen Mitbürgern Beschäftigung zu verschaffen und so die Verteidigung und den Durchhaltewillen des Landes zu sichern». Es werden Anregungen nach zwei Richtungen gemacht, sogenannte *Sofortmaßnahmen und Maßnahmen auf längere Sicht*. Die Anregungen für Sofortmaßnahmen betreffen:

1. Die Beurlaubung der Bauern und ihrer Mitarbeiter;
2. die Beschäftigung der Internierten, die noch in der Schweiz bleiben. Diese sollen je nach Eignung auf landwirtschaftliche Betriebe verteilt oder in Arbeitslagern zu-

sammengefaßt werden, um Meliorationen, Rodungen, Alpsäuberungen usw. durchzuführen;

3. Ausrichtung von Familien- oder Kinderzulagen an landwirtschaftliche Dienstboten;
4. Überführung von arbeitslosen Industriearbeitern in die Landwirtschaft;
5. Einführung eines Landjahres für die Jugend;
6. Verhütung unberechtigter Preis- und Lohnsteigerungen.

Als Maßnahmen auf lange Sicht werden zur Prüfung empfohlen: 1. Der Bau von Wohnungen für verheiratete landwirtschaftliche Dienstboten; 2. die Durchführung von Meliorationen; 3. Waldrodungen.

Zur Besprechung aller aufgeworfenen Fragen und zwecks Herbeiführung einer befriedigenden Lösung schlägt die Regierung des Kantons Bern dem Bundesrat die Einberufung einer Konferenz mit den Kantonsregierungen vor.